

# Der Steinarbeiter

## Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierjährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt.

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig  
Zeitzer Straße 30, IV., Ausgang B und C. Auf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinwendung auf Postscheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: L. Geißl, Leipzig C 1, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluss ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 22. Oktober 1932

36. Jahrgang

Nummer 43

## Freiheit der Gewerkschaftspresse!

Aus den Kinderjahren der Gewerkschaftspresse — Ihr Gesicht und ihre Größe in der Gegenwart  
Soll deine Zeitung verboten werden?

Von Stürmen umbrandet steht draußen die Insel Helgoland. Gleichzeitig ragt aus der Sintflut kapitalistischer Zeitungserzeugnisse die Insel Gewerkschaftspresse hervor. Umbrandet vom Nordturm der Reaktion steht sie da als Ehrenmal unseres sozialen Freiheitskampfes.

Die Blätter der einzelnen Gewerkschaften sind mit Geschichte und Berufsgeschäft des betreffenden Verbandes eng verbündet. Das gedruckte Wort war von Anfang an eine wirkungsvolle Ergänzung der gesprochenen Rede. Beide liefern die soziale Empörung gegen Unterdrückung und Entrichtung gellend in der Welt hinein. Dass die Gewerkschaftspresse immer im geistigen Gegensatz zum Unternehmertum stand, versteht sich von selbst. Denn ihre Aufgabe ist ja, die von den Unternehmern den Arbeitern aufgezwungenen Arbeitsverhältnisse zu kritisieren. Immer und immer wieder erschienen darum in der Gewerkschaftspresse Beschwerden der Werkstätigen über unwürdige Behandlung, schlechte Betriebsverhältnisse und unmenschlich niedrige Bezahlung. Gleichzeitig verhinderte man klare Vorschläge, wie alle diese Missstände beendet werden sollten. Dadurch erzog man die Leidenschaft zu einer anderen, demokratischen Wertung ihres Lebens. Die Gewerkschaftspresse wuchs damit immer mehr in das soziale Leben hinein. Sie wurde das Sprachrohr der Organisierten in den großen Fragen der Wirtschaftspolitik. Dein Ziel ist die Schaffung einer Planwirtschaft, in der alle Arbeit und Lebensmöglichkeiten finden. Menschlichkeit und Gerechtigkeit sind die leichten ethischen Forderungen, denen die Gewerkschaftspresse zum Siege verhelfen will.

Als die Gewerkschaftsbewegung noch klein war, trugen die einzelnen Gewerkschaftsblätter den Charakter einer Vereinspresse. Sie waren gefüllt mit Betriebsfragen, Lohnbewegungen, Versammlungsberichten, Kassenabrechnungen, Bekanntmachungen, Aktenprotokollen. Natürlich war dies nicht besonders feinfühlend. Der trockene Inhalt, oft in schlechtem Druck, wurde dann meist nur von den Funktionären studiert. Die übrigen Verbandsmitglieder legten ihre Zeitung teilnahmslos zur Seite, wo sie dann als Butterbrot-papier ungelesen ein unruhiges Ende fand. Dies war auch dann noch häufig anzutreffen, als sich die Verbandszeitung schon eifrig mit den großen Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik beschäftigte.

In den letzten Jahren hat man aber mit dieser bürokratischen Langeweile des Textes rücksichtslos gebrochen. Alle Tatsachenberichte sind reportageartig im Stil der Tageszeitung gehalten. In jeder Nummer werden brennende Zeitfragen der allgemeinen Wirtschafts- und Gewerkschaftspolitik behandelt. Unterhaltenden und lebenspraktischen Aufsätzen wird auch Beachtung geschenkt, jedoch erfahren sie infolge Wirtschaftskrise eine gewisse Beschränkung. Format, Schrift und Zeitungskopf sind mit allem drucktechnischen Können der Gegenwart ausgestattet, so dass die Schnelleren der von ihrem Tagewerk ermüdeten Leser viel weniger angestrengt werden als bisher. Die gewerkschaftlichen Schriftsteller sind keine weltfremde Theoretiker, sondern Menschen, die durch die leidenschaftliche Hochschule des Lebens gegangen sind. Einfache Sprache, kurze Sätze, klarer Stil sind ihre Richtlinien. Illustrationen und abwechslungsreiche Sachanordnung beleben weiter den Text der gewerkschaftlichen Zeitung, so dass sie heute jeden zum Lesen direkt anzieht. Nicht nur das Mitglied liest die Zeitung, sondern oft auch seine ganze Familie. Jeder Gewerkschafter ist heute das Verbandsblatt ein billiges, aber gründliches Aufklärungsmittel für Frau und Jugend, das im Sinne einer neuen Zukunft Bildung und Wissen vermittelt.

Im Jahre 1913 betrug nach den Feststellungen der damaligen Generalkommission die Gesamtauslage aller freigewerkschaftlichen Verbandsorgane 2 622 310 Exemplare. Bis zum Jahre 1930 hatten sich daraus annähernd 170 Gewerkschaftsblätter mit einer auf das einmalige Er scheinen bezogenen Gesamtauslage von rund 8 000 000 Exemplaren entwickelt. Die Gesamtauslage der Gewerkschaftspresse auf das ganze Jahr berechnet betrug laut Angaben auf der Presse 1927 991 Millionen Exemplare! Die genannten rund 170 Blätter gliederten sich in

39 ausgesprochene Gewerkschaftszeitungen,  
6 Fachblätter für Sozial- und Wirtschaftspolitik,  
16 Fachblätter für berufliche Technik,  
22 Jugendzeitschriften,  
41 Mitteilungsblätter für Ortsverwaltungen,  
39 Bezirksorgane der Verbände,  
5 Organe der Ortsausschüsse.

Bei aller Schärfe der Kritik an sozialen, wirtschaftlichen und betrieblichen Missständen ist sich die Gewerkschaftspresse aber doch immer ihrer öffentlichen Verantwortung und Sachlichkeit bewusst geblieben. Denn Kritik hat nur dann Überzeugungskraft, wenn sie von Sachkenntnis getragen ist. Der gewerkschaftliche Kritiker kennt also sein Schlachtfeld allseitig, wenn er es zergliedert, erklärt, beschreibt, verdammt oder verherrlicht. Selbst zornigste Angriffe und leidenschaftliche Anklagen müssen noch immer vom Ethos der Menschenwürde getragen sein und die Möglichkeit einer nahen oder fernen Verständigung offen lassen.

Trotzdem hat nun plötzlich infolge eines reaktionären Regierungskurses eine starke Begrenzung dieser kritischen Meinungsbildung eingesetzt. Zuerst war es die politische Notverordnung vom 28. März 1931, die hier Grenzen festlegte. Sie war allerdings für die sachlich gerichtete Gewerkschaftspresse ohne größere Gefahr und hinderte nur extreme Ausfälle der Kritik. Kein sachlicher Prüfung, die sich von Lüge, Verleumdung und Aufforderung zu Gewalttat fernhielt, blieb noch genügend Bewegungsfreiheit. Denn Freiheit der Presse heißt nicht Freiheit von Anstand und Würde, Freiheit von Rechtschranken und Gesetzen, sondern nur Freiheit von Zensur und Polizeizorganen.

Unter dem Druck faschistischen Terrors ist es aber leider zu einer weiteren Begrenzung auch sachlicher Kritik gekommen. Laut Notverordnung vom 14. Juni 1932 kann eine Gewerkschaftszeitung bis zu einem halben Jahr verboten werden, wenn

1. in ihr zum Ungehörigem gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen aufgefordert oder angereizt wird. Würde also die Papen-Regierung ein Streichverbot erlassen, dann könnte das Gewerkschaftsblatt ein halbes Jahr unterdrückt werden, wenn es trotzdem zum Streife aufforderte!

2. wenn in ihm Organe, Einrichtungen, Behörden oder leitende Beamte des Staates beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden.

3. wenn in ihr eine Religionsgesellschaft des öffentlichen Rechtes, deren Einrichtungen, Gebräuche oder Gegenstände der religiösen Verehrung beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden.

4. Wenn in ihr eine Veröffentlichung enthalten ist, die lebenswichtige Interessen des Staates dadurch gefährdet, dass unwhare oder entstellt Tatsachen behauptet oder verbreitet werden.

Wie ersichtlich, sind diese Bestimmungen sehr dehnbar und gefährlich. Im Notfall können sie immer gegen ein mißliebiges Gewerkschaftsblatt zum Verbot desselben ausgenutzt werden. Denn darüber, was unter Auffordern oder Anreizen, Beschimpfen oder böswilliger Verächtlichmachung zu verstehen ist, entscheidet ja nicht der gewerkschaftliche Schriftleiter, sondern die Regierung und ihre gewaltausübenden Organe, die Landesbehörden und die Polizei. Was lebenswichtige Interessen des Staates sind, wodurch sie gefährdet werden, ob unwhare oder entstellt Tatsachen verbreitet wurden, darüber wird gleichfalls diktatorisch von oben bestimmt.

Diese an die dunkle Zeit der Sozialistenverfolgung grenzende reaktionäre Diktatur haben einige Blätter der Gewerkschaften mit voller Wucht zu spüren bekommen. Das Berliner Polizeipräsidium ist schon mit Verwarnungen vorgegangen, wobei ein längeres Verbot angedroht wurde. So vor allem bei der Buch in der Zeitung, auf das wir bereits in Nr. 39 des „Steinarbeiter“ hinwiesen.

Die Gewerkschaften der Presseleute haben ebenfalls gegen die fortgesetzte Minderung der Pressefreiheit eine Protestaktion eingeleitet. Auch der Reichsverband der Deutschen Presse warnte ebenfalls die Staatsbehörden vor jeder Einengung der Pressefreiheit und verlangte die Aufhebung der Notverordnungen, die mit der gesetzlich gewährleisteten Pressefreiheit unvereinbar sind. Die jetzige Verbotspraxis führt immer mehr zu einer Unterdrückung der sozialen Kritik und damit zu einer ernsten Gefahr für die freie Bildung der öffentlichen Meinung.

Dem schließt sich die ganze Arbeiterbewegung respektlos an. Denn fast immer sind es die Zeitungen der Arbeiterschaft, die der Diktatur zum Opfer fallen. Sind aber erst die Gewerkschaften ihres massenverbindenden Druckerzeugnisses beraubt, dann ist es leicht, gewerkschaftliche Aktionen zu zerstören, den Gewerkschaftskampf allseitig zu lähmen und schließlich das Organisationsgebäude sogar selbst zu erschüttern.

Diese gewaltige Gefahr sollte jeder Kollege in voller Größe erkennen. Er muss jetzt noch eifriger und intensiver als bisher sein Gewerkschaftsblatt lesen und weitergeben. Steckt doch in jeder Nummer der gewerkschaftlichen Millionenauslage ein großer Reichtum an Wissen und Bildung, ein umfangreicher Schatz an Lebensfreude und kämpferischem Freiheitsdrang, eine vielseitige Aufklärung über Feind und Freund in unserm sozialen Freiheitskampf.

Mit aller Kraft muss verhindert werden, dass diese Fackel des Gewerkschaftskampfes durch irgendeinen Reaktionär in der Regierung ausgelöscht wird. Die Demokratie der Weimarer Reichsverfassung muss wieder lebendig werden! Daran denkt jeder bei den kommenden Wahlen! Im Kampftun: Freiheit! bringen wir gleichzeitig zum Ausdruck: Freiheit der Gewerkschaftspresse!

Was der Dichter Heine einmal sagte in einem Hymnus, das sagt heute auch dein Gewerkschaftsblatt:

„Wir haben weder Zeit zur Freude noch zur Trauer. Aufs neue erklingen die Trompeten, es gilt neuen Kampf. Ich bin das Schwert, ich bin die Flamme.“ Chr. Elbh.

## Was die Papenregierung von der Arbeitslosenversicherung übrig gelassen hat

Nach Auffassung der Papen-Regierung und der Leute, die in ihrem Namen Gesetze machen, gibt es immer noch eine Arbeitslosenversicherung. In den Gesetzen und Verordnungen wird nach wie vor zwischen Arbeitslosenversicherung, Krisenfürsorge und öffentlicher Fürsorge unterschieden. Prüft man aber einmal nach, wie die sogenannte Arbeitslosenversicherung seit der Notverordnung vom 14. Juni d. J. aussieht, so merkt man bald, dass im Ernst von einer Sozialversicherung überhaupt nicht mehr gesprochen werden kann, sondern dass sich hinter diesem Namen eine Unterstützungsanstalt verbirgt, die vielfach schlechtere Leistungen gewährt als die öffentliche Fürsorge, die Nachfolgerin der früheren Armenfürsorge.

Sehen wir uns zunächst einmal die Unterstützungsleistungen an, die ein Arbeitsloser in dieser Versicherung in den ersten sechs

Wochen des Unterstützungsbezugs, also in der Zeit, in der er noch nicht bis auf Herz und Nieren der Hilfsbedürftigkeitsprüfung unterliegt, erhält. Dabei muss man davon ausgehen, dass die Unterstützungen in den verschiedenen Ortsklassen verschieden hoch sind. In einer Kleinstadt beispielsweise also viel niedriger als in einer Großstadt. Nach den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen wird bei diesen verschiedenen Bemessung nicht gefragt. Es kann vorkommen, dass in einem kleinen Ort, durch den die Eingemeindungsgrenze hindurchläuft, der auf der einen Straßenseite wohnende Teil der Arbeitslosen die großstädtischen Unterstützungsätze, der auf der anderen Straßenseite wohnende Teil die ländlichen Unterstützungsätze erhält.

Die Papen-Regierung hat aber nicht nur dieses weise Unterstützungsmodell eingeführt, sie hat auch die von Brüning schon erheblich reduzierten Unterstützungsätze noch weiter heruntergedrückt. So erhält ein Arbeitsloser mit einem Durchschnittsverdienst von 33 M. bis zur Notverordnung vom 14. Juni 1932 mit Frau und zwei Kindern 16,50 M., und zwar auch dann, wenn er weniger als 52 Wochen gearbeitet hatte. Er bekommt heute in der Sonderklasse und der Ortsklasse A, also in den Großstädten, 13,80 M., in den Ortsklassen B bis E mit mehr als 10 000 Einwohnern 12,60 M., in den Ortsklassen B bis E mit 10 000 Einwohnern und weniger 10,50 M.

Ein lediger Arbeitsloser mit einem durchschnittlichen Wochenverdienst von 45 M. erhält bis zur Notverordnung, wenn er 52 Wochen gearbeitet hatte, 13,50 M. wöchentlich, bei weniger als 52 Wochen Arbeit 12,68 M. Er erhält heute in der ersten Klasse 9,90 M., in der zweiten Klasse 8,40 M. und in der dritten Klasse 7,25 M.

Ein verheirateter Arbeitsloser ohne Kinder mit einem Durchschnittswochenlohn von 63 M. erhält bis zur Notverordnung bei 52 Wochen Arbeit 22,05 M., bei weniger als 52 Wochen Arbeit 18,45 M. Er erhält jetzt in der ersten Ortsklasse 14,40 M., in der zweiten Klasse 12,30 M. und in der dritten Klasse 10,30 M.

Diese kümmerlichen Sätze erhält der Arbeitslose ganze sechs Wochen lang. Ergibt alsdann die Hilfsbedürftigkeitsprüfung, dass er in der Fürsorge

## 9. Ausschusssitzung des ADGB

Am 7. Oktober trat der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu einer Tagung in Berlin zusammen, um mit den Verbandsvorständen die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Notverordnung sowie die gegenwärtige Rechtslage zu besprechen. Er beschäftigte sich zunächst mit den Konsequenzen, die durch die Durchführungsverordnung des Reichsarbeitsministers vom 3. Oktober d. J. für den Abwehrkampf der Arbeiterschaft gegen den Lohnabbau entstehen könnten. Einmütig wurde die Meinung vertreten, dass durch die Verordnung die verschiedenen Einwände, die von den Gewerkschaften gegen das Bestehen einer Friedenspflicht erhoben werden, nicht entkräftet werden sind, da eine Rechtsgrundlage für die Verordnung des Reichsarbeitsministers nicht gegeben sei. Die Gewerkschaften könnten sich zudem den stürmischen und vollaus berechtigten Protesten ihrer Mitglieder gegen den Lohnabbau nicht verschließen. Die Kämpfe würden nicht durch die Gewerkschaften, sie würden durch das bittere Unrecht der Notverordnung hervorgerufen. Die Verantwortung für diese Arbeitsspätze treffe daher nicht die Gewerkschaften, sondern die Regierung.

Bon zahlreichen Verbandsvertretern wurde des weiteren auf die wirtschaftlich unsinnigen und sozialpolitisch unerträglichen Auswirkungen bei der Notverordnung hingewiesen, deren arbeitsmarktpolitische Gefahr durch die neuen handelspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung noch unabsehbar gesteigert werden. Das umfangreiche Material, das den Gewerkschaften über eine sinnlose und mißbräuchliche Ausnutzung der neuen Bestimmungen vorliegt, soll der breitesten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. In einer öffentlichen Kundgebung der Gewerkschaften am 18. Oktober d. J. sollen dem gesamten deutschen Volke die unheilvollen Folgen aufgezeigt werden, die sich aus der Durchführung des erneuten Lohnabbaus nicht nur für die Lebenshaltung der Arbeiterschaft, sondern auch für jeden Versuch einer wirksamen Arbeitsbeschaffung, insbesondere auch für die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Papen-Regierung, zwangsläufig ergeben müssen.

der Gemeinden einen geringeren Sach als den vorher bezogenen erhalten würde, so bekommt er von nun ab ohne Rücksicht auf seine Lohnklasse nur diesen geringeren Sach, wenn er nicht infolge der Hilfsbedürftigkeitsprüfung mit Hilfe aller möglichen und unmöglichen Anrechnungsvorschriften ganz aus der Unterstützung herausgedrängt wird. Hätte er aber in der gemeindlichen Fürsorge einen höheren Sach als den bisher bezogenen Lohnklassensatz zu beanspruchen, so bekommt er nur den geringen Lohnklassensatz weiter.

Wie verhält sich nun diese Unterstützungsleistung zu den eingezahlten Beiträgen? Das mag ein Beispiel zeigen: Bei einem wöchentlichen Grundlohn von 35 M. beträgt der Beitrag der Arbeitslosenversicherung pro Woche 2,25 M. Bei einer Beschäftigung von etwa nur 30 Wochen ergibt sich demnach eine Einzahlung von 68,10 M. Demgegenüber steht in der hier in Frage kommenden Lohnklasse VI für einen verheirateten Arbeitslosen ohne Kinder in einer Stadt der Ortsklasse B bis E mit 10 000 Einwohnern, also in einer Mittelstadt, ein Unterstützungsatz von 9 M. wöchentlich. In den sechs Wochen des sogenannten versicherungsmäßigen Bezuges erhält der Arbeitslose demnach 54 M. ausbezahlt, d. h. immer noch 12,10 M. weniger, als in 30 Wochen, also in verhältnismäßig kurzer Beschäftigungszeit, die kaum über die notwendige Anwartschaftszeit hinausgeht, eingezahlt worden sind. Dabei ist auf der Beitragsseite die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe nicht einmal mit berücksichtigt.

So etwas nennt die Papen-Regierung "Vereinfachung und Verbilligung sozialer Einrichtungen". Nach der Notverordnung vom 4. September d. J. hat sie das Recht, derartige Maßnahmen zur Vereinfachung und Verbilligung auf allen Gebieten des sozialen Lebens durchzuführen. Sie wird es tun — zweifellos — wenn nicht das Volk, das von allen diesen Maßnahmen in seinen Lebensnotwendigkeiten getroffen wird, bei der Wahl am 6. November ein Weiterregieren im Papenschen Sinne ein für allemal unmöglich macht.

## Internationales Jahrbuch der Sozialpolitik

Das Internationale Arbeitsamt in Genf hat kürzlich den zweiten Band seines „Internationalen Jahrbuchs der Sozialpolitik“ herausgegeben, der sich auf das Jahr 1931 bezieht und auf mehr als 600 Seiten über die Tätigkeit der Internationalen Arbeitsorganisation sowie über die soziale Gesetzgebung und Verwaltung aller Staaten der Erde berichtet.

Die Ratifizierung der von den Arbeitskonferenzen aufgestellten Übereinkommen betreffend Arbeitschutz und Arbeitsrecht hat sich infolge der Wirtschaftskrise verzögert. Im Jahre 1931 fanden nur 34 Ratifizierungen statt, die sich auf 16 Staaten verteilten, und zwar ist Litauen 5 Übereinkommen beigetreten, Spanien 4, Großbritannien und Australien je 3, Luxemburg, Polen und Schweden je 2; neun andere Staaten haben je ein Übereinkommen ratifiziert. Deutschland ist im letzten Jahre keinem sozialpolitischen

sechs Mitglieder des Rats; Deutschland ist in beiden Gruppen vertreten. Die Vermehrung der Zahl der Ratsmitglieder von 24 auf 32, die schon 1922 beschlossen wurde, konnte noch immer nicht stattfinden, weil die Zustimmung einiger Staaten zu dieser Satzungsänderung noch aussteht.

Zur Unterstützung des Internationalen Arbeitsamts bei der Erledigung seiner Aufgaben hat der Verwaltungsrat 25 Fachausschüsse eingesetzt; davon bestehen acht nur aus Mitgliedern des Rats selbst, weitere 12 aus Mitgliedern des Rats und außenstehenden Sachverständigen oder Vertretern anderer Einrichtungen; endlich fünf nur aus Sachverständigen, die nicht Mitglieder des Rats sind. Die meisten Ausschüsse treten nur einmal im Jahr, manche noch seltener, zu Beratungen zusammen.

Um Unterlagen für die Verhandlungen der Arbeitskonferenz, des Verwaltungsrats und seiner Ausschüsse zu beschaffen, hatte das Internationale Arbeitsamt eine Reihe von Erhebungen durchzuführen, die sich auf Gegenstände der Tagesordnung dieser Organe bezogen. Außerdem wurden auch andere Studien ausgeführt, deren Ergebnisse zum Teil bereits veröffentlicht wurden. Dazu gehören Arbeiten über das Schlichtungswesen; die Regelung der Frauenarbeit; die Aufstellung von Statistiken der Berufskrankheiten; die Unfallverhütung bei der Herstellung und Verwendung von Zellstoff und von Zetzen; die Grundfeste und Verfahren der Lohnfestlegung im Kohlenbergbau; die Rationalisierung; die Arbeitslosigkeit usw. Noch nicht abgeschlossen sind Arbeiten über Neuregelung der Arbeitszeit, hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt der Verteilung der Arbeit auf die größtmögliche Zahl von Arbeitern; über Probleme der Gefangenearbeit; die Sozialmedizin und Unfallverhütung; die Gesetzgebung über Kinderarbeit und andere.

Die Ausgaben des Internationalen Arbeitsamts betragen 1931: 8 879 000 Fr., während die Haushaltsrechnung 9 158 000 Fr. vorgesehen hatte. Für das Jahr 1932 hat die Völkerbundssammlung dem Internationalen Arbeitsamt 9 287 000 Franken bewilligt. Infolge der Wirtschaftskrise gehen die Beiträge der Staaten an den Völkerbund langsam ein als in normalen Zeiten; am 31. Dezember 1931 belief sich der auf das Internationale Arbeitsamt treffende Teil der Beitragsrückstände auf fast 6 Millionen Franken. Deutschland hat 1931 den Beitrag an den Völkerbund (von dem ein Teil dem Internationalen Arbeitsamt zufließt) noch voll bezahlt. Im August 1932 aber hat die Reichsregierung beschlossen, das fällig gewordene Viertel des deutschen Völkerbundsbeitrages wegen Devisenschwierigkeiten nicht auszuzahlen, sondern bei einer Großbank in Deutschland zu deponieren.

Die Fortschritte der sozialen Gesetzgebung waren 1931 geringer als in den vorausgegangenen Jahren, seitdem das Internationale Arbeitsamt besteht. Bemerkenswerte sozialpolitische Erfolge waren besonders in einigen lateinamerikanischen Staaten zu verzeichnen, wie z. B. das Inkrafttreten neuer Arbeitsgesetzbücher in Mexiko und Chile. Das mexikanische Arbeitsgesetzbuch enthält unter anderen Bestimmungen über die Arbeitszeit, welche jenen des Washingtoner internationales Übereinkommens von 1919 entsprechen. Auch in Brasilien, Kolumbien und in der Union von Südafrika wurden von den Regierungen Gesetzentwürfe vorgelegt, welche die Anpassung der innerstaatlichen Arbeitszeitregelung an das Washingtoner Übereinkommen bezeichnen. Soweit es sich um lateinamerikanische Länder handelt, bestehen allerdings Zweifel, ob dort erstklassige moderne Arbeitschutzgesetze auch durchgeführt werden oder lediglich auf dem Papier stehen bleiben.

Die Gesetzgebung zum Schutz der arbeitenden Frauen und Kinder wurde 1931 ebenfalls vorzüglich in außereuropäischen Ländern ausgestaltet.

Die Sozialversicherung machte 1931 nur geringe Fortschritte. In Frankreich ergingen mehrere Verordnungen zur Durchführung des Sozialversicherungsgesetzes von 1928/30. In Litauen wurde die Krankenversicherung umgestaltet. Luxemburg hat die Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung eingeführt. Herausbegrenzung der Versicherungsleistungen kamen außer in Deutschland noch in einer Reihe von Ländern vor, besonders in Ungarn, Jugoslawien, Lettland und Rußland.

Die Arbeitslosenversicherung wurde 1931 in einigen Staaten abgebaut, in anderen verbessert. Die weitgehenden Ver schlechterungen in Deutschland sind bekannt. Viel weniger weitgehende Einschränkungen kamen in Österreich vor. In Bulgarien wurden die Unterstützungsätze für Arbeitslose mit Familienpflichten erhöht. Dänemark erließ ein Gesetz über Krisenunterstützung. Frankreich hat die staatlichen Zuschüsse zu den freiwilligen Arbeitslosenkassen hinaufgelegt und die Gewährung von Unterstützung an Kurzarbeiter vorgesehen. In Großbritannien wurden mehrere Verordnungen erlassen über die Erhöhung der Beiträge und die Einschränkung der Unterstützungsleistungen der Arbeitslosenversicherung. Dagegen hat Luxemburg die Unterstützungsätze erhöht. In Polen wurden die Beiträge und Unterstützungsätze wieder auf den Stand von 1924 gebracht. In Spanien wurden die Vorschriften über die freiwillige Arbeitslosenversicherung geändert, und es wurde eine Landesarbeitslosenfalle errichtet. In der Schweiz wurde die freiwillige Arbeitslosenversicherung ausgebaut.

Neue Gesetze und Verordnungen über kollektive Arbeitsverträge erliehen Spanien, Jugoslawien, Chile und Mexiko. Neue Gesetze über Berufsvereine wurden in Brasilien und Kolumbien geschaffen; in einigen anderen Ländern wurden die Vorschriften betreffend das Koalitionsrecht geändert.

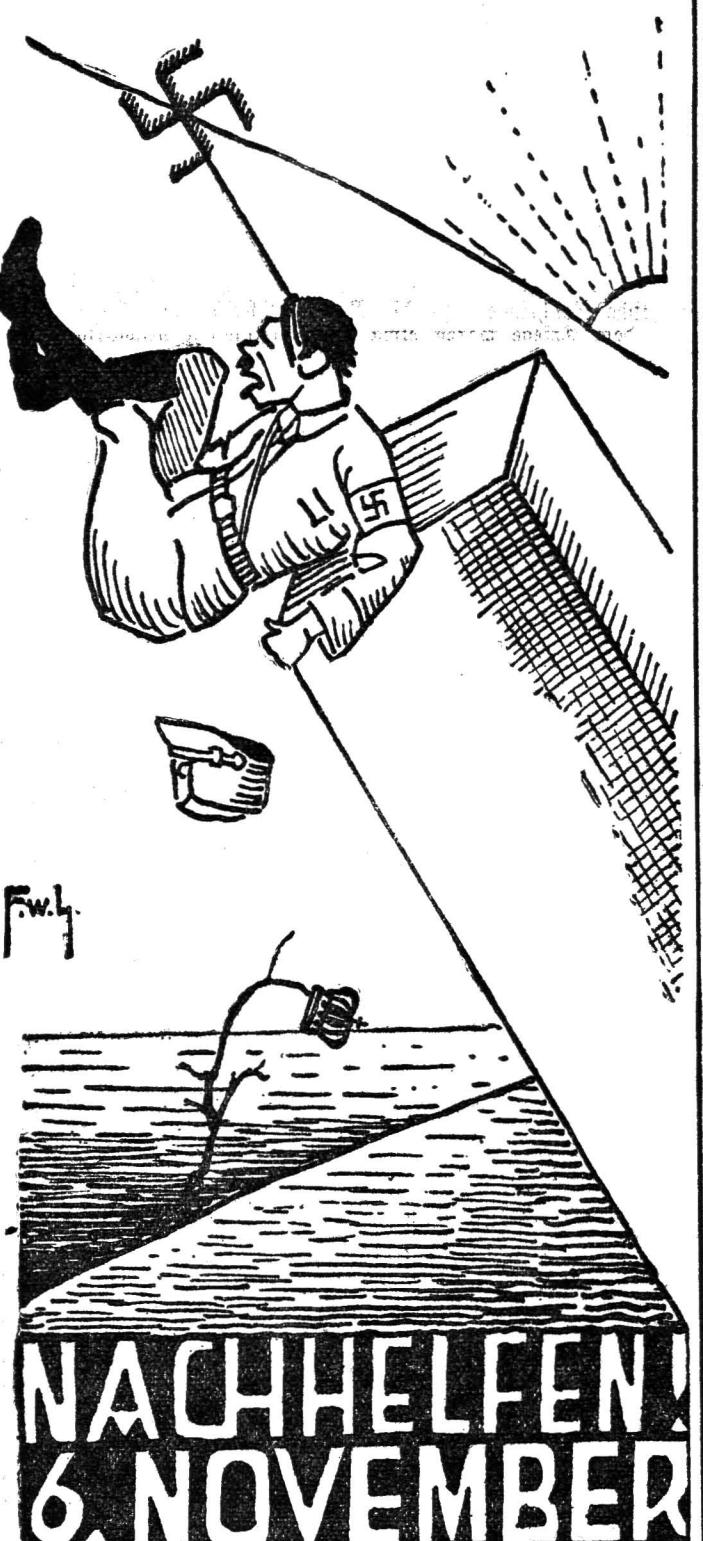
Das Jahrbuch des Internationalen Arbeitsamts enthält außerdem Angaben über die Bewegung der Preise und Löhne, die wirtschaftliche Produktion, das Geld- und Finanzwesen, den Welt handel usw. H. F.

## Es gibt nur eine Linie des Klassenkampfes

In der Wiege der christlichen Gewerkschaften standen neben Arbeitern, Unternehmer, Akademiker und vor allem Priester. Sie wurden gegründet, um den mächtig in die Breite gewachsene freien Gewerkschaften das Wasser abzugeben. Längst schon hat sich erwiesen, daß zur echten Wahrnehmung von Interessen der Arbeiter es nur ein Entweder-Oder geben kann. Deshalb wurden die christlichen Gewerkschaften manchmal auf Wege gedrängt, die von denen der freien Gewerkschaften nicht sehr abweichen. Mitunter trifft man Äußerungen, die man glatt unterschreiben kann. Auf dem letzten Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Düsseldorf sprach der bekannte Prälat Dr. Pieper. Im Verlauf seiner Rede machte er folgende Ausführungen:

„Die äußeren Freiheitsrechte sind jetzt infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse und der politischen Ereignisse gelähmt. Jahrhundertlang haben die Arbeiter ruhig zugeschaut, wie andere Stände für Freiheit kämpften, ohne den Willen aufzubringen, auch für sich selber Freiheit zu fordern. Das ist anders geworden durch die Gewerkschaftsbewegung. Gegen diese Freiheit rüstet nun die erwachte Reaktion. Das dürfen Sie sich nicht gefallen lassen. Man versucht Ihnen Dinge zuzumuten, die man bürgerlichen Kreisen nicht zumutet würde. Man geht wieder, wie in früheren Jahrhunderten, dazu über, die unteren Stände als die Lastenträger zu behandeln. Ihre beste Waffe wird sein, wenn Sie diesen Reaktionen sagen: Ihr beleidigt deutsche Arbeiter, die durch die göttliche Weltordnung berufen sind, ebenso freie Menschen zu werden, wie die Bauern es vor 100 Jahren geworden sind.“

Diese Sätze hätten auf einem Kongreß der freien Gewerkschaften ebenfalls Befall gefunden. Es ist nicht verwunderlich, daß die Unternehmer derartige Redewendungen eines katholischen Geistlichen nicht gern sehen. Die Bergwerks-Zeitung nennt sie deshalb „eine einzige Predigt des Klassenkampfes“. Wie dem auch sei: Die freien Gewerkschaften brauchen ihre Grundeinstellung nicht zu verlassen. Die Herausbildung scharfer Klassengegensätze läßt auf die Dauer Haltungen nicht zu. Es gibt infolgedessen nur eine Linie des Klassenkampfes.



Übereinkommen beigetreten. Die Gesamtzahl der Übereinkommen wurde um eines vermehrt, nämlich jenes über die Arbeitszeit in den Kohlenbergwerken.

Die innere Organisation des Internationalen Arbeitsamts wurde 1931 nicht geändert. Der Verwaltungsrat des Amtes wurde, soweit er aus Wahlen hervorgeht, auf der 15. Tagung der Arbeitskonferenz neu gewählt. In der Gruppe der Regierungsvertreter werden nur vier Mitglieder durch Wahl bestimmt, die übrigen acht Mitglieder treffen auf die Staaten von größter wirtschaftlicher Bedeutung zu, denen Deutschland gehört. Bei den letzten Wahlen schieden Argentinien und Schweden aus, dafür erhielten Brasilien und Dänemark eine Vertretung im Verwaltungsrat. Die Gruppe der Arbeitgeber und Arbeitnehmer wählen je

## Die Fünftagewoche wird und muß kommen!

Als die Gewerkschaften zum ersten Male die Einführung der 40-Stunden-Woche forderten, schütteten weise Leute die Köpfe. Man hielt es für absurd, daß nach einem so kurzen Bestehen des Achtstundentages bereits eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit um wöchentlich 8 Stunden erfolgen sollte. Dabei wurde vergessen, daß die revolutionären Verhältnisse der Nachkriegszeit Gewohnheiten und Einrichtungen schon nach kurzer Zeit als überholt erweichen können. So ist es auch mit der Verkürzung der Arbeitszeit. Heute hat diese gewerkschaftliche Forderung Befürworter bis in die Regierungsstuben hinein erhalten. Das Internationale Arbeitsamt ist nicht nur von den Arbeitervertretern gedrängt worden, diesem



Sie ist zu lang!

Problem die nötige Beachtung zu schenken, es haben auch Regierungen die Dringlichkeit der Verkürzung der Arbeitszeit dem FAZ gegenüber betont. Der Verwaltungsrat dieser internationalen Sozialbehörde hat kürzlich beschlossen, eine technische Konferenz zur Beratung der Frage der Arbeitszeitverkürzung einzuberufen. Ferner soll dieses Problem einen der wichtigsten Tagesordnungspunkte der nächsten Internationalen Arbeitskonferenz bilden. Was vor einigen Jahren noch ein frommer Wunsch war, scheint mithin in nicht allzuferner Zeit, Wirklichkeit zu werden. Nach den Verlautbarungen der letzten Monate kann man annehmen, daß maßgebende im Internationalen Arbeitsamt vertretene Regierungen die Forderung der 40-Stunden-Woche mit unterstützen. Als Gegner einer internationalen Regelung werden wahrscheinlich nur noch die Unternehmer auftreten. Doch man ist gewohnt, von dieser Seite her nur Hemmnisse für die Sozialpolitik zu erwarten. Die Fünftagewoche ist eine notwendige Begleiterscheinung des technischen Zeitalters. Wenn die Maschine Millionen Arbeitskräfte in allen Ländern überflüssig macht, dann muß auf irgendeine Art und Weise verhindert werden, diesen durch die Technik verdrängten Arbeitskräften Beschäftigung wieder zu verschaffen. Die anfallende Arbeit muß mithin auf alle Arbeitskräfte verteilt werden. Dies kann nur durch die Verkürzung der Arbeitszeit geschehen. In allen Ländern wird sich deshalb die Fünftagewoche als unumgänglich notwendig erweisen. Zwar wird es von bibelfesten Leuten so hingestellt, als ob ein Ruhetag nach sechs Arbeitstagen ein göttliches Gesetz sei. Daraus steht aber nirgends etwas geschrieben. Die Vervollkommenung der Arbeitsmittel erlaubt es schon heute, zwei Ruhetage in eine Woche fallen zu lassen. Aber auch die gesetzliche Einführung der Fünftagewoche wird nicht der Weisheit letzter Schluss sein. Schon jetzt leben Wissenschaftler auseinander, daß in einigen Jahrzehnten die Menschheit durchaus in der Lage ist, mit einer Wochenarbeitszeit von 30 Stunden die gleiche oder eine noch höhere Menge von Produkten als heute in 48 Stunden je Woche zu erzeugen. Jedenfalls ist die weitere Verkürzung der Arbeitszeit mit und ohne Segen der Unternehmer das Erfordernis der Zukunft.

## Wie sich Mammuten anbiedern

Wir wollen es ruhig eingestehen: Unter den deutschen Arbeitern und Angestellten gibt es noch sehr viele, die von der besonderten Mission des Hand- und Kopfarbeiters nicht überzeugt sind. Es ist dies die große Reservearmee, die der Reaktion in allen ihren Schattierungen zur Verfügung steht. Manchmal bekommt man einen Einblick, wie sich solche Mammuten bei den Unternehmern beliebt zu machen versuchen. In der Bergwerks-Zeitung Nr. 191 befindet sich die Zusage eines Angestellten. Dieses Schreiberlein gibt dem großindustriellen Schafmacher August Rötergård durchaus recht, wenn er die Verlängerung der Arbeitszeit und die Verkürzung des Lohnes als Mittel zur Krisenüberwindung ansieht. Nachdem dieser Angestellte der Forderung nach Verlängerung der Arbeitszeit um zwei Stunden — man bedenke, in der heutigen Zeit, wo selbst die Regierung die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit ein sieht — zugestimmt hat, schreibt er:

„Tun wir das nicht, so zwingen wir uns selbst — trotz allen Dagegenredens — immer mehr zur Autarkie. Und wenn wir darin nicht zusammenbrechen, so werden wir das nur der Arbeitsdienstpflicht zu verdanken haben. Denn die Arbeitsdienstpflicht muß kommen. Sie wird mehr sein, als ein ideales Erziehungsmitittel für die Jugend. Sie wird politische Gegensätze überbrücken; sie wird nicht nur Kulturboden, sondern auch andere Kulturwerte schaffen; eine Befruchtung der gesamten Wirtschaft wird von ihr ausgehen, selbst auch dann, wenn sie einmal über den Rahmen der allgemeinen Arbeiten hinausgehen sollte. Ich möchte die Arbeitsdienstpflicht mit der Eisenbahn vergleichen. Wie ist zur Zeit Friedrich List's Eisenbahnsystem befreit worden! Und doch hat erst die Eisenbahn den gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung ermöglicht. Und so wird auch jetzt die Arbeit als Pflicht den Wiederaufstieg ermöglichen, besonders in Verbindung mit einer allgemeinen Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohn- und Gehaltserhöhung.“

In Nr. 216 drückt die „Bergwerks-Zeitung“ die Zusage eines Kali-Bergmanns ab. Eine Stelle aus diesem Geschmuse dürfte genügen:

„Wir deutschen Arbeiter glauben, daß es nicht mehr allzu lange dauert, bis das deutsche Unternehmertum sich von den Fesseln, die ihm durch den Tarifvertrag auferlegt worden sind, von den Gewerkschaften befreit und jedem deutschen Arbeiter wieder Brot und Arbeit gibt; denn Deutschland wird in Zukunft nicht mehr, wie bisher, Arbeiter und Arbeitgeber kennen, wo jeder im andern seinen Feind sieht, sondern es wird nur einen deutschen Volksgenossen, ohne Klasse, Menschen des Gemeinschafts- und Volksstaates, geben, wer auch ihr Führer sei ...“

Ein Kommentar zu diesen Neuerungen von Menschen ohne Rückgrat würde nur abschwärzen.

## Gelöbnis

Wir wollen,  
dass die arbeitende Klasse frei werde  
von wirtschaftlicher Ausbeutung;  
dass sie gleich werde  
allen anderen Gliedern der Gesellschaft.  
Wir geloben brüderliche Kameradschaft allen,  
die mit uns verbunden sind  
für die gleichen Aufgaben und das gleiche Ziel.  
Unwandelbare und unverbrüchliche Treue  
der gewerkschaftlichen Organisation,  
die uns führen soll,  
und der wir dienen wollen!

Dieses Treue-Gelöbnis der Jugend zur gewerkschaftlichen Organisation wurde auf dem Jugendtreffen in Rheinland-Westfalen in Düsseldorf am 10. und 11. Juli 1928 abgelegt.

## Junge Arbeiter! Lehrlinge!

Die Arbeitsverhältnisse sind schlecht! Die Bezahlung ist niedrig, die Behandlung zeitgemäß, die Ausbildung mangelhaft! Schaffen! Schaffen! Schneller! Schneller! Und lang dehnt sich der Tag, unendlich lang, bei dieser Qualerei.

Das sind die Arbeitenden.

Ein Jahr ohne Arbeit! Zwei Jahre ohne Arbeit! Drei Jahre ohne Arbeit! Ueberhaupt noch keine Arbeit! Ist das ein Leben? Ein Jahr Lehre! Zwei Jahre Lehre! Drei Jahre Lehre! Vier Jahre — und dann Arbeitslosigkeit. Das ist kein Leben, das ist ein Schinden und Qualen voll unsaglicher Pein.

Das sind die Arbeitslosen.

Daheim sind Eltern und Geschwister, Verbissen, denn die Not pocht an die Tür. Die Sorge ist ständiger Gast. Denn wenn auch einer Arbeit hat, die Arbeitslosigkeit droht unerbittlich Tag für Tag in jedem Haus. Dies Daheim ist kein Daheim mehr, es ist die Stätte, wo Mischnut abgeladen wird auf alle.

Das ist daheim.

Und die Arbeitsstätten? Die Stempelstellen? Die Suppenküchen? Die Strafenenden? Die Landstrafen? Dort tönen starke Worte! Dort schimpft man über Bonzen! Dort werden neue Rechte angekündigt, in denen es besser werden soll. Dort werden rieche Sprüche geklopft.

Das ist das Reich der starken Worte.

Jungvölk!

Das ist die Welt, in der ihr lebt! Sie wurde so gestaltet von den Feinden des Sozialismus. Die Gegner der Arbeiterschaft wünschten sich die Wirtschaftskrise zunutze zu machen. Sie haben von unsrer Erungenäschten Stück um Stück genommen. Sie heben Arbeiter gegeneinander, sie verleumden die Führer der Arbeiterorganisationen, sie verdienen am Unterstützungsabbau und am Lohnraub. Und du, Jungvölk, du spürst das Tag für Tag. Soll das so weitergehen? Soll die Lehre mangelhaft bleiben? Soll deine Arbeitslosigkeit ewig währen? Sollen immerfort die Gegner der Arbeiterschaft die Nuknicker der Arbeit anderer bleiben? Nein! Entschieden nein! Wir wollen keine Ausbeutung! Wir wollen keine Knechtshaft! Wir wollen nicht zur Untätigkeit verdammt sein! Wir fordern

Arbeit!

Ausreichenden Lohn!

Ferien!

Eine gute Ausbildung!

Jugendschule!

Kurz gesagt: Wir wollen Lebensraum für den arbeitenden Menschen!

Jungvölk! Freunde!

Seht das Leben! Erlebt eure Umwelt! Habt die Augen und Ohren offen, Erkennt die Gegenwart und die euch als Arbeiterkinder erwachsenden Aufgaben! Reist euch ein! Kämpft mit! Seid Streiter für den Freiheitskampf der Arbeiterschaft! Seid Kämpfer für den Sozialismus.

Tretet ein in die freien Gewerkschaften!

## Die Jugend in den Gewerkschaften

Am Ende des Jahres 1931 waren im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund rund 240 000 jugendliche Mitglieder vorhanden. Es sind dies die Lehrlinge und die unter 18 Jahre alten jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen in den Arbeitergewerkschaften; die Jugend der freien Angestelltenverbände ist in dieser Zahl nicht mit enthalten.

Hingebender und planmäßiger Arbeit von jung und alt in der Bewegung hat es bedurft, um diese große Zahl Jugendliche in den Gewerkschaften zu vereinigen, denn erst in den Jahren nach der Staatsumwälzung von 1918 konnten die Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit daran gehen, sich auch um die Angelegenheiten des

Nachwuchses der Arbeiterschaft zu kümmern. Das 1922 beschlossene gewerkschaftliche Jugendprogramm gab die Richtlinie für die Tätigkeit auf diesem neuen gewerkschaftlichen Aufgabengebiet. Es verpflichtete die Gewerkschaften, sich überall für die Interessen der Lehrlinge und der jugendlichen Arbeiterschaft einzusetzen, gleichzeitig aber auch sich um die geistige Entwicklung, um die Erziehung der jungen Arbeiterschaft zu kümmern. Den Jugendlichen sollte in besonderen Jugendgruppen eine Stätte der Schulung, aber auch des Gemeinschaftslebens und der jugendgemäßen Be-tätigung geboten werden. In großer Zahl sind diese Jugendgruppen im ganzen Lande gebildet worden. Am Ende des Jahres 1931 waren 2173 Jugendabteilungen vorhanden.

Der Umfang der von den Jugendabteilungen geleisteten Arbeit wird durch die nachfolgenden Zahlen veranschaulicht: Im Jahre 1931 führten die gewerkschaftlichen Jugendgruppen und Lehrlingsabteilungen insgesamt 78 519 Veranstaltungen durch, die 1 190 984 Teilnehmer aufwiesen. Auf das Gebiet der fachlichen Fortbildung entfielen hieron 25 007 Veranstaltungen mit 317 773 Teilnehmern. Der allgemeine und der gewerkschaftliche Fortbildung dienten 27 691 Veranstaltungen mit 502 206 Teilnehmern. Zu dieser Gruppe gehören Vortrags-, Lese- und Diskussionsabende, Unterrichtskurse, Film- und Lichtbildvorführungen usw. Dem Spiel und der Unterhaltung im Heim waren 7731 Zusammentreffen gewidmet, während 5674 Spielabende im Freien, 7190 Wanderungen und 630 mehrtägige Ferienfahrten gemeldet wurden. In der

Kamenz. Bezirkskonferenz. Die Rechnungslegung durch den Kassierer Kollegen Emil Menschner zeigte, wie der Bezirk bisher finanziell gut über die andauernde Krise gekommen ist. Die Delegierten dankten dem Kassierer für seine musterhafte Kassierung. Bezirksleiter Gibowlsky gab eingehenden Bericht über die letzten Abchlüsse der Lohnsätze für Speller und Pfastersteinschläger, Steinmeier, Steinseker und Schotterschläger. Er stellte in den Vordergrund, daß die Auktionssätze der Pfastersteinschläger nicht herabgesetzt werden dürfen und daß vertraglich festgelegt ist, daß die Stunden- wie auch Auktionssätze der Speller und Steinmeier nach der Notverordnung der Regierung Papen vom 5. September und den Ausführungsbestimmungen vom 21. September 1932 nicht herabgesetzt werden dürfen. In vielen Industriezweigen hat die Auswirkung dieser Notverordnung zu Streits geführt. Solche Kämpfe sind durch die erwähnten Tarifabschlüsse den Steinarbeitern im Bezirk erspart geblieben; das wurde von den Delegierten besonders anerkannt. — Weniger erfreulich ist die Entwicklung und Durchführung der Tariflohnforderung der Steinseker besonders um Löbau. Obwohl der Tarifstundensatz für Steinseker 1 Mark beträgt, wird dort weit unter Tarif gearbeitet, und zwar besonders von revolutionären KPD-Leuten und den Kommunisten, die ihre eigenen Parteifreunde aus der KPD herauswerfen ließen, weil sie als Mitglieder der Tarifkommission für den Vertrag mit 1 Mark Stundensatz waren, und jetzt gehen diese „Klassenkämpfer“ hin und arbeiten noch bis um 30 Prozent billiger. Jeder ehrlich denkende und handelnde Kollege kann sich da selbst ein Bild machen, daß das nicht die geeigneten Vertreter sind, die derartige Taten verrichten. — Der sächsische Staat und auch Preußen haben größere Aufträge herausgegeben, so daß eine größere Zahl Kollegen wieder in Arbeit kam. Hier müssen nun die Kollegen in den Betrieben dafür eintreten, daß durch besseren Zusammenfluß die Auktionssätze durch Vereinbarungen, entsprechend der besseren Bearbeitung der einzelnen Waren, erhöht werden. Die Auktionsdienste entsprechen nicht der zu leistenden Mehrarbeit. Zu solchen Verhandlungen ist selbstverständlich der Bezirksleiter hinzuzuziehen. Wiederholte wurde der Bezirksleiter bei der Direktion für das Straßen- und Wasserbauamt im Finanzministerium vorstellig, um den Kollegen die Wartezeit beim Arbeitsamt zu ersparen, die sie durchmachen mußten, wenn sie entlassen wurden, weil keine Staatslieferung eingegangen wäre. In außerordentlich vielen Fällen wurden Kollegen und deren Angehörige beim Arbeits- und Wohlfahrtsamt vertreten, um ihre Rechte zu sichern. Auch wurde anerkannt, daß die Kollegen in Betriebsversammlungen über die Wirtschaftslage und Änderungen durch Notverordnung unterrichtet wurden. — In der Ausprache wurde nur in zustimmendem Sinne berichtet und besonders hervorgehoben, daß die gegenwärtigen Angriffe der KPD-Disten gegen Kollegen Gibowlsky diesem nur zur Ehre gereichen. Diese Angriffe sind darauf zurückzuführen, weil er allen Werktäglichen, und nicht nur den Steinarbeitern, im Rahmen der geleglichen Möglichkeiten jede Hilfe angebieten läßt. Die KPD ziehen ihre Felle davon schwimmen, daher ihre Wut und ihr Gegecker. Mit der Berichtigung, daß alle Funktionäre ihre ganze Kraft im Interesse der Kollegenschaft einzehnen werden, wurde die Konferenz geschlossen.

Aus dem Elblandsteingebiet. Eine halbe Stunde Bahnfahrt von Dresden und wir gelangen in das als sehenswert anerkannte Elbtal. Infolge seiner Natur Schönheiten kann es sich wohl auch manch anderen Schönwürdigkeiten in Deutschland an die Seite stellen. Der Hauptproduktionszweig im sächsischen Elbtal ist Sandsteinbergbau und -bearbeitung. Hier in diesem Bruchgebiet herrschte früher ein frohes Leben und Treiben. Fanden doch Hunderte von harten Steinarbeiterfäusten einträgliche Beschäftigung. Doch diese Zeiten sind vergangen, wie sieht es heute in diesem Gebiet aus? Immer mehr wird das dem Wind und Wetter trockende Sandstein-Material durch den Kalkstein verdrängt. Des Weiteren kommt noch hinzu, möglichst billig bauen, und daß dort, wo bisher noch ein wenig Arbeitsmöglichkeit für die Steinbearbeitung war — die Kalksteinbearbeitung — auch diese fast ganz wegfallt. Nun sind die noch sehr ergiebigen Steinbrüche zum großen Teil verwaist, das Echo der Werkzeuge ist längst verklungen. Unermüdliche Reckthümer, die die Natur geschaffen hat, liegen brach. Vor dem Kriege waren etwa 2000 Steinbauer beschäftigt, heute nur noch der fünfte Teil davon, von diesen wiederum sind es nur noch etwa zehn Prozent, die nur wenige Wochen des Jahres das große Glück haben, ein langes Einkommen zu verdienen. Andere arbeiten verkürzt, so daß der Verdienst kaum ausreicht, die nötigsten Bedürfnisse zu befriedigen. Dabei ist auch hier der Lohn auf einen Stand gesunken, bei dem man Rechenkünster sein muß, um die hungrigen Mäuler am Tische stopfen zu können. Die Unternehmer aber wollen unbekümmert um diese Not immer noch den hohen Lohn fürzten. Sie rechnen auf die Außenstehenden, und denen willige Helfer, die die Not dazu zwingen, gefunden zu haben. Aber doch wird der Tag kommen, wo auch wieder andere Lustigen wehen, und der Sandstein wieder zu Ehren kommt. Dann wird sich manches rätseln, was wir jetzt murrend ertragen müssen. Auf die Kollegen und ihr Verhältnis kommt es in erster Linie an, um die Löhne und Arbeitsbedingungen annehmbar zu gestalten, und wenn alle, auch der letzte Mann um die Fahne der Organisation sich einig geschart hat, dann werden auch wieder die jetzt uns so drückenden Verhältnisse anderen, besseren, Platz machen müssen.

Aus dem Elblandsteingebiet. Eine halbe Stunde Bahnfahrt von Dresden und wir gelangen in das als sehenswert anerkannte Elbtal. Infolge seiner Natur Schönheiten kann es sich wohl auch manch anderen Schönwürdigkeiten in Deutschland an die Seite stellen. Der Hauptproduktionszweig im sächsischen Elbtal ist Sandsteinbergbau und -bearbeitung. Hier in diesem Bruchgebiet herrschte früher ein frohes Leben und Treiben. Fanden doch Hunderte von harten Steinarbeiterfäusten einträgliche Beschäftigung. Doch diese Zeiten sind vergangen, wie sieht es heute in diesem Gebiet aus? Immer mehr wird das dem Wind und Wetter trockende Sandstein-Material durch den Kalkstein verdrängt. Des Weiteren kommt noch hinzu, möglichst billig bauen, und daß dort, wo bisher noch ein wenig Arbeitsmöglichkeit für die Steinbearbeitung war — die Kalksteinbearbeitung — auch diese fast ganz wegfallt. Nun sind die noch sehr ergiebigen Steinbrüche zum großen Teil verwaist, das Echo der Werkzeuge ist längst verklungen. Unermüdliche Reckthümer, die die Natur geschaffen hat, liegen brach. Vor dem Kriege waren etwa 2000 Steinbauer beschäftigt, heute nur noch der fünfte Teil davon, von diesen wiederum sind es nur noch etwa zehn Prozent, die nur wenige Wochen des Jahres das große Glück haben, ein langes Einkommen zu verdienen. Andere arbeiten verkürzt, so daß der Verdienst kaum ausreicht, die nötigsten Bedürfnisse zu befriedigen. Dabei ist auch hier der Lohn auf einen Stand gesunken, bei dem man Rechenkünster sein muß, um die hungrigen Mäuler am Tische stopfen zu können. Die Unternehmer aber wollen unbekümmert um diese Not immer noch den hohen Lohn fürzten. Sie rechnen auf die Außenstehenden, und denen willige Helfer, die die Not dazu zwingen, gefunden zu haben. Aber doch wird der Tag kommen, wo auch wieder andere Lustigen wehen, und der Sandstein wieder zu Ehren kommt. Dann wird sich manches rätseln, was wir jetzt murrend ertragen müssen. Auf die Kollegen und ihr Verhältnis kommt es in erster Linie an, um die Löhne und Arbeitsbedingungen annehmbar zu gestalten, und wenn alle, auch der letzte Mann um die Fahne der Organisation sich einig geschart hat, dann werden auch wieder die jetzt uns so drückenden Verhältnisse anderen, besseren, Platz machen müssen.

Freiheitskampf

Glaub' nicht, daß du mit Schwärmerei  
Die Freiheit leichtlich künft erringen,  
Auch nicht durch Schimpfen und Gelei!  
Wirst du die Freiheit dir erzwingen!  
Die Freiheit ist kein loser Strauß  
Auf einsam gelbem Hügelrücken,  
Den jedes Grobmahl, jeder Gauch  
Kann grob und mühselos sich pflücken!

Auch läßt sich Freiheit nicht gewinnen  
Im Karten oder Würfelspiel,  
Sie muß in deinem Herzen rinnen  
Als deines Lebens höchstes Ziel!  
Und dieses Gut, das muß du pflegen  
Mit Sorgfalt und Beharrlichkeit,  
Zu jedem rechten Erntegegen  
Gehören Pflege, Ernst und Zeit!  
  
Die Freiheit ist ein hohes Gut,  
Und wer sie flüglich will erringen,  
Der muß sein ungestümtes Blut  
In strenger Zucht und Ordnung zwingen!  
Nicht blinde Fürmerleidenschaft —  
Nein, froher Freiheitskämpfermut  
Gepaart mit Manneszucht und Kraft  
Erringt der Freiheit hohes Gut!

Werkzeug. Klozige Bohrer stießen in das Gestein und die ersten Sprengungen ließen den gewaltigen, breiten Berg in seinen Grundfesten erzittern. — Und weil der Felsen von gutem Stoff war, drangen die Bohrer und die gefühllosen Brechstangen tiefer und tiefer in die Eingeweide des Berges ein. — Das einst so stille Tal war erfüllt von geschäftigem Turm und hallte wider vom Echo der sich häufenden Sprengungen. Aus den Rissen und Spalten der Gesteinslagen aber rann das klare Bergwasser, als weine der Berg über die ihm zugefügten Wunden.

Pfeifend und singend, den staubigen Hut schief im Nacken, begannen die Steinmeier ihre Arbeit. Flugs war eine notdürftige „Bude“ hingestellt, damit der Regen den „Broden“ nicht unnützen und die allzu neugierige Sonne die Kunst nicht abschauen konnte. Hui!, wat das gat bald ein fröhliches Schaffen unter blauem Himmel im Steinbruch. Von den Hängen rauschten die Wipfel der Bäume ihr urewiges Lied. Der Talgrund grünte und blühte und die gefiederten Sänger flatterten wohl anfangs etwas ängstlich und verzogt ob dieser Störung von Bergwand zu Bergwand — gar bald aber gewöhnten sie sich an das Treiben und stimmten munter mit in das lustige Kling-Klang von Hammer und Meißel. Nur das Bachlein gluckste und plätscherte in altgewohnter Unruhe durch den Wiesengrund, als ginge ihm die Störung gar nichts an.

Ja, damals lag noch etwas Poesie im ehrbaren Handwerk des Steinbauers. Er war noch so etwas, was man „frei“ nennen konnte. Der Meister von damals lehrte noch nicht den „Beherrischer“ heraus, meistens schaffte er noch selber mit in der Kolonne. Der „Herrenstandpunkt“ kam erst im Laufe der Zeit mit zunehmendem Gewinn, damit doch der nun einmal notwendige, andere sagen „gottgewollte“, Klassenunterschied auch wirklich schon rein äußerlich zutage trat. Damals war der Steinmeier noch nicht in jene verstaubten Paragraphen eingegangt, die man heute „Arbeitsordnung“ nennt. Böse Leute natürlich, die überhaupt keinerlei Einsicht haben, behaupten aber trotzdem, daß es früher ohne diese Paragraphen viel „geordnet“ und gesittet zugegangen sei als heute. Jetzt, wo man trotz oder vielleicht wegen der „geordneten Arbeit“ weniger zu arbeiten und weniger zum Beifßen als anno dazumal hat. Aber wie gesagt, das sind die ewigen Körbler und Kritiker, die absolut nicht einsehen wollen, daß das heutige hochkapitalistische System als ein von Gott gewolltes — frei nach Papen — durchaus das für den Arbeiter geordnete ist.

Jene Menschen arbeiten noch mit Lust und Liebe an ihren „Broden“, wie der Steinmeier den zu bearbeitenden Stein nennt. Und weil der Steinmeier den Griesgram nicht leiden mag und zeitweise das Leben auch von seiner besseren Seite zu nehmen versteht, so wurde zwischen zwei Broden, wie es zwielichtigen Lust und Laune geben, auch etwas anderes „aufgebaut“, wie es in der Steinbauersprache stimmungsvoll heißt. Die munteren Gesellen

ließen dann Meister Meister und Felsen Felsen sein und der bestformulierte Paragraph hätte sie nicht aus der Ruhe gebracht. Wenn dann das edle, braune Nag die staubigen Kehlen befeuchtete, dann war „Ruhe in der Bude“ und traditionelle Handwerkerlieder stiegen aus mehr oder weniger rauhen Kehlen durch Bruch und Tal und Wald:

Aber Schmalz in der Suppe, Lehmk in der Grub'n,  
Lustig sind die Steinbauerbub'n.  
San's im Berg oder im Tal,  
Hör'n tut mer's überall!

Dann spannten sich die Muskeln und der arbeitestähnliche Körper straffte sich im Vollgefühl der Liebe zum Beruf. Dann spottete der durch Generationen überlieferte Stolz allen etwaigen Schranken und der arbeitende Mensch fühlte sich als das, was er von Anbeginn war, als freie Kreatur! Wehe, wenn ihm einer dies Recht streitig machen wollte: Steinbauer fäuste waren hart wie Stahl!

Heute liegt der Steinbruch öde und verlassen da. Die Stätte einstigen ewigen Schaffens gleicht einem wüsten Trümmerhaufen. Krieg und Inflation brachen jäh seine Lebenstrafe. Der einstige Besitzer suchte sich andere Weideplätze und der nachfolgende Käufer erwarb den Grund und Boden wohl mehr zu Spekulationszwecken. Offenbar hat er keine Liebe zu Steinen, wenigstens wurde bis jetzt noch kein Stück Felsen behauen. Andere wieder behaupten, daß an der Ergründung des tieferen Sinnes der Worte „Kapazität“ und „Prosperität“ der Betrieb ins Stolpern gekommen und dabei gestorben sei. Ja, ja, die unergründlichen Geheimnisse im kapitalistischen Wirtschaftsgesetz! Wer sie nicht kennt, kommt darin um. Und wer es versteht, die Dinge beim richtigen Jipfel zu erwidern, wird mit der Zeit ein feiner Hund. Er darf nur der Gottgewollten Ordnung etwas nachhaltigen Inhalt verleihen, das andere kommt dann ganz von selbst.

Wer heute den Steinbruch besucht, dem wird ein Erinnerungsaussteiger angesichts der grotesken Bruchstellen und der trümmerischen Einigkeit. Durchsichtiges blaugrünes Wasser füllt die Bruchhöle. Ein herabfallender Stein braucht Sekunden, bis er den Grund erreicht. Die Bruchwände, die im Sonnenglanz in allen Nuancen, blau und grau, schillern, haben gelbe und rote und grüne Moospolster angezogen, und Welch' ein Wunder, in den Felsspalten auf vorgeschnittenen Sodeln und in den natürlichen Höhlungen sprudeln Bier mit hellgrünen Blättern und zierlich gebogenen, leuchtenden weißen Stämmchen. Zwischen den Steinbalzen reift die Himbeere und leuchtet die sonnigroten Korallen der Eberesche. Zitterespen schütteln unaufhörlich ihr reiches dunkelgrünes Blattwerk, als verständen auch sie nicht den Sinn der Zeit! Selbst die wenigen Weisen und Ammern piepsen nur verstohlen und tropfenweise, als fürchten sie die unheimliche Stille des verlassenen Steinbruchs.

Berthold Müller, Marktpleuthen.

## Der verlassene Steinbruch

Von weitem sieht es aus, als hätte eine Riesengranate ein gewaltiges Loch in den Fuß des Berges gerissen. Wir aber wissen, daß dies in der Nachtzeit gespenstig ammendete, zärtige Loch im Berg vor nicht allzu langer Zeit ein sehr ergiebiger Steinbruch war. Noch besser wissen es aber die Alten. Die sich noch erinnern können, wie sozusagen der erste „Spatenstich“ an den Bruch gelegt wurde. Es soll schon etliche Jahrzehnte her sein, als ringsum in den Bergen der erste kostbare Granit gefördert wurde, behauen und gezißt. Aufstellung in aller Welt nahm. — Da entdeckten Interessenten auch die Güte dieses Materials und machten einen Steinbruch auf.

Eines Morgens kamen die Holzfäller und legten die langen, schlanken Fichten um. Eine um die andere schlug krachend und rauschend zu Boden, bis genügend Raum für die zu beginnende Brecharbeit vorhanden war. Rauh war der Boden, nicht sehr tiefe Waldboden entfernt und der nackte, jungfräuliche Felsen lag entblößt in der Sonne. Dann kamen die Steinbrecher mit ihrem

## Rundschau

**Aufzug!** Ein neuer Winter mit vermehrter und gesteigerter Not bindet sich an. Millionen unserer Volksgenossen sehen ihm mit Bangen entgegen. Seit Jahren leisten sie fast Übermenschliches im Ertragen.

Nicht nur die wirtschaftliche Not drückt auf die zahllosen Opfer dieser grausamen Wirtschaftskrise; hinzu kommt die geistige und seelische Not, hervorgerufen durch erzwungene Untätigkeit, durch immer wieder enttäuschte Hoffnungen, durch die Zerstörung aller Zukunftspläne. Die Not nimmt ständig zu; sie ergreift immer weitere Bevölkerungsschichten und im Einzelfall wird sie schärfer und drückender. Die Kraft des Ertragens aber wird schwächer, je länger die Not dauert. Die Leistungen der öffentlichen Fürsorge und der Versicherung sind schon lange völlig unzureichend.

Millionen unserer notleidenden Klassengenossen blicken auf die Organisationen der Arbeiterschaft und erwarten von ihnen auch in diesem Winter Beistand und Hilfe.

Die Arbeiterwohlfahrt rüstet zum Kampf gegen die Not. Die mitunterzeichneten Verbände erklären sich ihr solidarisch. Wieder geht unser Appell an alle uns gesinnungsverwandten Angestellten, Beamten und Arbeiter und an alle Freunde der Arbeiterschaft. Gebt für die Solidaritätshilfe! Beweist durch die Tat, daß der Geist der Kameradschaftlichkeit trotz Not und Unterdrückung in der Arbeiterschaft lebendiger ist denn je! In einer Zeit der sozialen Reaktion und tiefen Misserfolge beflecken wir uns zur Zukunft. Wir wollen helfen, daß das Millionenheer unserer notleidenden Brüder und Schwestern nicht mutlos wird. Wir wollen helfen, sie als Kämpfer für den Sozialismus zu erhalten!

### Hauptauschluß für Arbeiterwohlfahrt.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Hauptvorstand der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands.

Zentralkommission für Arbeitersport und Körpersport.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschafts-Bund.

Allgemeiner freier Angestellten-Bund.

Allgemeiner Deutscher Beamten-Bund.

**Was kostet der Badehosen-Erlaß?** Die zwangsweise eingezogene Preußen-Regierung hat neben anderen überflüssigen Maßnahmen auch einen Erlaß über die Badeanzüge herausgebracht. Im „B.T.“ macht ein Industrieller eine Rechnung über den Sachschaden auf, den dieser Erlaß der Textilindustrie zufügt. Die Entwertung der Lagerbestände schätzt man auf 8 Millionen Mark. Dieser Schaden wird erhöht durch eine Lohnsumme von schätzungsweise 6 Millionen Mark, welche an etwa 10 000 Arbeiter nicht zur Auszahlung kommt. Ein anderer Fabrikant schließt seine Betrachtungen folgendermaßen: „Durch den Bracht-Erlaß ist die Einkaufsmöglichkeit für die Detaillisten unterbunden. Damit ist die Fabrikation für die Badeanzug-Fabrikanten für die Saison 1933 unmöglich. Tausende von Arbeitern und Arbeitern sind mit sofortiger Wirkung brotlos geworden.“ Diese Argumente sind eine treffliche Illustration für die gegenwärtige Regierung, die vorgab, die Arbeitslosigkeit zu mildern.

**Der „Sozialist“ Straßer.** Es gibt tatsächlich Leute, die der Meinung sind, bei den Nationalsozialisten handelt es sich um eine sozialistische Bewegung. Ein großer Irrtum, wie wir gleich sehen werden. Als sozialistisch angehaucht galt in der Deffentlichkeit Gregor Straßer. Der amerikanische Journalist K. i. e. r. b. o. d. e. r. hat im Laufe seiner Europareise auch Straßer ausgefragt. Das Interview kommt in der Bossischen Zeitung zum Absatz. Über die Frage, wie sich die nationalsozialistische Partei zu einer Planwirtschaft stellen würde, antwortete Straßer: „Planwirtschaft kann ich nicht unterschreiben. Das Ganze müßte notwendigerweise zum Bolschewismus führen. Sobald Sie mit dem Prinzip der staatlichen Kontrolle über Industrie und Handel beginnen, können Sie keine Grenzen mehr ziehen. Es würde unweigerlich weiterwachsen und sich ausdehnen, bis es alle Tätigkeiten umfaßt. Es würde den Körper der Nation in eine Zwangsjacke stecken. Außerdem wäre es unmöglich, die Prinzipien des Privateigentums und der privaten Initiative aufrechtzuerhalten.“

Eine derartige Gegnerschaft gegenüber der Planwirtschaft könnte auch von einem Unternehmer geäußert werden. Ein Unterschied zwischen den Meinungen Straßers und den extremsten Individualisten ist jedenfalls nicht zu entdecken. Nachdem Straßer sein Herz gegenüber dem Amerikaner ausgeschüttet hatte, kam letzterer zu dem Standpunkt, „daß Papen und Hitler auf Plattformen stehen, die für außenstehende Beobachter nicht voneinander zu unterscheiden sind. Hitler ist sicher nicht nationalsozialistischer als die Nationalsozialisten“.

Knickerbocker schließt seine Darlegungen über dieses Kapitel folgendermaßen: „Wir waren mit dem Programm fertig. Vor der offiziellen Version war nicht viel übrig geblieben.“ Wer es bisher noch nicht gewußt hatte, dem ist es aus den eigenen Aussprüchen Straßers zur Wahrheit geworden: bei dem Sozialismus der Nazis handelt es sich um einen großen Schwund.

**Erleichterung des Krümperinstituts.** Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, so entnehmen wir dem Pressebericht des Landesarbeitsamtes Rheinland, steht seit Oktober 1931 die Möglichkeit vor, die Arbeitslosenunterstützung in Form der sogenannten Krümperunterstützung zu gewähren. Danach kann bei Vorliegen einer Vereinbarung mit dem Betriebstat, wonach wechselweise ein Teil der Belegschaft vorübergehend entlassen wird oder die Arbeit aussteht, für den nichtbeschäftigteten Teil der Belegschaft jeweils Arbeitslosenunterstützung gewährt werden, auch wenn das Beschäftigungsverhältnis nicht vollständig gelöst ist und Arbeitslosigkeit im strengen Sinne demnach nicht vorliegt. Allerdings müssen die sonstigen Voraussetzungen der Unterstützungsgewährung gewährleistet sein (Anwartschaft u. a.). Die Unterstützung darf die Hälfte des sonst zuständigen Betrages nicht übersteigen... Für den unbeschäftigteten Teil der krümpernden Belegschaft wurden bisher meist, soweit das Beschäftigungsverhältnis für die Zeit des Aussehens in Form der Werkbeurlaubung, fortbestand, Krankenversicherungsbeiträge entrichtet. Nach einer neuerlichen maßgeblichen Entscheidung brauchen jedoch für Krümperunterstützung beziehende Arbeitnehmer für die Zeit des Aussehens Krankenversicherungsbeiträge vom Arbeitgeber nicht entrichtet zu werden. Eine Schädigung des Arbeitnehmers tritt nicht ein, da das Arbeitsamt während der Dauer des Krümperunterstützungsbezuges die Krankenversicherungsbeiträge abführt.

### So ist es wohl überall!

#### Halbierte Einkommen in Sachsen.

In welch rapidem Tempo in den letzten Jahren die Zahl der vollbeschäftigen Arbeiter und Angestellten und das von ihnen erzielte Einkommen zurückgegangen ist, zeigt eine auf Grund der Beitragsleistungen zur Invaliden- und Angestelltenversicherung veröffentlichte Zusammenstellung in den Monatsberichten des statistischen Landesamtes. Hierauf waren beschäftigt:

Im Durchschnitt des Jahres 1929 rund 1 564 000 Arbeiter.

Im Durchschnitt des Jahres 1930 rund 1 317 000 Arbeiter.

Im Durchschnitt des Jahres 1931 rund 1 147 000 Arbeiter.

Im ersten Vierteljahr 1932 rund 960 000 Arbeiter.

Im zweiten Vierteljahr 1932 rund 943 000 Arbeiter.

Das Gesamtlohnneinkommen betrug:

Durchschnittlich pro Monat 1929 213,4 Mill. Mark.

Durchschnittlich pro Monat 1930 170,4 Mill. Mark.

Durchschnittlich pro Monat 1931 129,8 Mill. Mark.

Im ersten Viertelj. pro Monat 1932 91,0 Mill. Mark.

Im zweiten Viertelj. pro Monat 1932 86,6 Mill. Mark.

Die monatliche Lohn- und Gehaltssumme für Angestellte und Arbeiter ist also von 278,8 Millionen Mark auf 132,9 Millionen Mark, d. h. um mehr als die Hälfte zurückgegangen.

Der durchschnittliche monatliche Lohn eines vollbeschäftigte Arbeite sank demzufolge

von 136,44 Mark im Jahre 1929  
auf 129,30 Mark im Jahre 1930  
auf 113,16 Mark im Jahre 1931  
auf 94,80 im 1. Viertelj. 1932  
auf 91,83 im 2. Viertelj. 1932

Der durchschnittlich erzielte Monatslohn eines vollbeschäftigte sächsischen Arbeiters sank also von 136,44 Mark im Jahre 1929 auf 91,83 Mark im zweiten Vierteljahr 1932.

Hand in Hand mit diesem Rückgang erfolgte eine völlige Verschiebung in der Besetzung der verschiedenen Lohnklassen.

Während im Jahre 1929 noch die Hälfte der beschäftigten Arbeiter (46,4 v. H.) einen Wochenlohn von über 30 Mark erzielte, war 1932 nur noch ein Drittel (27,8 v. H.) in dieser glücklichen Lage.

Eine ähnliche Entwicklung hat sich bei den Angestellten vollzogen. Die Zahl der vollverdienten Angestellten in Sachsen ging zurück von 312 000 im Jahre 1929 auf 252 000 im zweiten Halbjahr 1932. Die verdiente monatliche Lohnsumme sank von 65,4 Mill. Mark auf 46,3 Mill. Mark. Das durchschnittliche Monatsgehalt von 209 Mill. auf 183 Mark.

Die ungeheure Einkommensrückwendung, die bei den sächsischen Arbeitern und Angestellten im Laufe von noch nicht vier Jahren eingetreten ist, wird sinnfällig durch die Gegenüberstellung der Gesamtziffern.

Im Jahre 1929 waren in Sachsen durchschnittlich vollbeschäftigt 1 878 000 Arbeiter und Angestellte mit 278,8 Millionen Mark Einkommen.

Im zweiten Halbjahr 1932 waren nur noch 1 195 000 vollbeschäftigte Arbeiter und Angestellte vorhanden mit einem Gesamteinkommen von 132,9 Millionen Mark.

Hieraus die Schlussfolgerungen zu ziehen bei der Reichstagswahl am 6. November, wird gewiß nicht schwer fallen. kw.

## Die Arbeitslosigkeit im Steinarbeiterverband Ende September 1932

Die Zählung umfaßt 552 Zahlstellen mit 36 784 Mitgliedern. 3761 Mitglieder in 167 Zahlstellen konnten nicht erfaßt werden, weil die betreffenden Ortsverwaltungen trotz ständiger Mahnung wieder nicht oder nicht rechtzeitig berichtet hatten.

Es wurden 23 543 Arbeitslose ermittelt, das sind 64 Prozent der von der Zählung erfaßten Mitglieder. Im Vormonat betrug die Arbeitslosigkeit 66,7 Prozent.

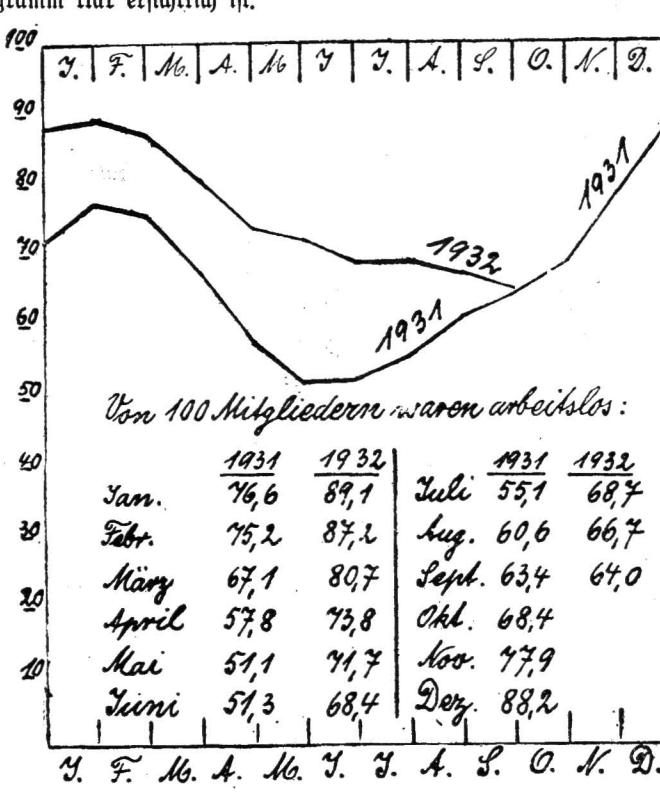
Nach den Hauptberufsgruppen ergibt sich folgendes Bild:

Gruppe	Beteiligte Mitglieder	davon arbeitslos in Zahlen v. H.	Im Vormonat v. H.
Steinarbeiter	26 120	16 296	62,4
Steinseher...	10 664	7 247	68,0

Auf die einzelnen Landesarbeitsamtsbezirke verteilt sich die Arbeitslosigkeit wie folgt:

Landesarbeitsamtsbezirk	Insgeamt Sept. v. H.	Steinarbeiter Sept. v. H.	Steinseher Sept. v. H.
Rheinland	80,7	76,5	80,5
Nordmark	76,8	79,0	72,1
Westfalen	72,9	68,0	72,9
Ostpreußen	69,5	56,7	77,1
Hessen	68,8	67,3	64,8
Niedersachsen	66,6	74,4	65,9
Südwestdeutschland	66,5	69,2	69,5
Mitteldeutschland	66,4	68,0	64,7
Pommern	65,6	72,5	56,2
Brandenburg	65,1	68,3	71,8
Bayern	60,6	64,8	60,8
Sachsen	60,0	64,2	60,2
Schlesien	57,8	59,9	56,4
Reichsgebiet	64,0	66,7	62,4
1931	63,4	60,6	61,8
1930	40,6	39,4	
1929	12,9	10,1	
1928	7,1	6,7	

Im Gegensatz zur gleichen Zeit des Vorjahres ist die Arbeitslosigkeit während des III. Quartals dieses Jahres, wenn auch nicht stark, aber doch ständig zurückgegangen, wie aus folgendem Diagramm klar ersichtlich ist.



Ende September d. J. hat sich die Arbeitslosigkeit auf den Stand des Vorjahres gesenkt und es ist nach den eingegangenen Berichten anzunehmen, daß der Oktober eine weitere Senkung der Arbeitslosenziffer bringt.

Allerdings ist der konjunkturelle Verlauf beruflich und örtlich durchaus nicht einheitlich. So ist die Arbeitslosigkeit in ihrer Gesamtheit in den Landesarbeitsamtsbezirken Rheinland, Westfalen, Ostpreußen und Hessen sogar noch gestiegen. Das gleiche trifft zu für die Steinarbeitergruppen in den Bezirken Rheinland, Nordmark, Westfalen, Ostpreußen, Hessen, Niedersachsen, Mitteldeutschland und Pommern; für die Steinsehergruppen in den Bezirken Rheinland, Westfalen, Ostpreußen, Hessen und Südwürttemberg.

Sowohl eine Belebung in beiden Gruppen eingesetzt hat, dürfte sie nicht zum wenigsten auf die Arbeitsbeschaffungsbestrebungen des Verbandes zurückzuführen sein.

## Bekanntmachungen aus den Zahlstellen, Bezirkenu. Gauen

### Berksammlungen:

Mittwoch, 26. Oktober.

In Stettin Jugend-Unterhaltungsabend um 19 Uhr im neuen Volkshaus, Auguststraße 17, Hof, 4 Treppen. Alle jungen Kollegen aus dem Steinsehergewerbe und der Steinindustrie sind hiermit eingeladen.

Sonntag, 29. Oktober.

In Essen um 19 Uhr im bekannten Lokal auf dem Schwanenkampf. Wichtige Versammlung, deshalb muß alles zur Stelle sein.

### Gesperrt:

In Weizenfels die „Werktäten für Friedhofskunst“, Otto Schlehan, J. B. Otto Saak, wegen Nichtbezahls des Tariflohn.

Dornreichenbach, Sa. Im Steinbruchbetrieb Windberg, Firma Horn u. Kahle, sind dauernd Lohndifferenzen; dem Firmeninhaber sind Wochenverdienste von 12 und 18 Mark noch zu hoch. Er will sogar Betriebsfreude heranziehen. Also alles hin zu Herrn Kahle!

Osnabrück. Die Firma Heilmann u. Brassard, Marmerwert, hat ihre Belegschaft ausgesperrt.

### Streich:

In Stettin. Straßenbau. Firma Gädke-Timm.

In Waldenburg (Schlesien). Straßenbau. Firma Baum.